

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nummer 10/11/12

Oktober/November/Dezember 1982

5 Schilling

Jahr des Gedenkens

Im Frühjahr 1983 werden die Österreicherinnen und Österreicher wieder über die Zusammensetzung des Nationalrats für die nächsten vier Jahre entscheiden. Wir Sozialisten werden die Wähler aufrufen, uns erneut das Vertrauen zu geben. Es wird bei dieser Wahl darum gehen, ob die SPÖ ihre erfolgreiche Arbeit weiterführen kann oder ob in einer schweren Zeit die Verantwortung in die Hände von Unerfahrenen gelegt werden soll.

Die kapitalistische Welt steckt in einer ernststen wirtschaftlichen Krise. Millionen Menschen sind arbeitslos, die Inflationsraten sind trotzdem hoch. Zu der wirtschaftlichen kommt die politische Krise. Obwohl viel von Rüstungskontrolle und Abrüstung geredet wird, rüsten die Supermächte weiter auf.

Österreich ist von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nicht verschont geblieben, denn unser Land ist keine Insel der Seligen, sondern vielfältig mit der Weltwirtschaft verbunden. Aber die Bundesregierung hat, wie schon 1975, die drohenden Gefahren rechtzeitig erkannt und schon zu Jahresbeginn 1982 mit einem Beschäftigungsprogramm, dem im Herbst ein zweites folgte, vorgesorgt, daß die Auswirkungen der Krise auf unser Land abgeschwächt werden. Dennoch wird der Winter schwer werden und für viele arbeitende Menschen Probleme bringen.

Aber wir können den Menschen sagen, daß die von der SPÖ geführte Bundesregierung auch diese Schwierigkeiten bewältigen wird. Blicken wir hinaus in die Welt, dann sehen wir, daß die wirtschaftliche Situation in den konservativ regierten Ländern noch viel schlechter ist. Dort gibt es seit Jahren eine weit höhere Arbeitslosigkeit als bei uns, weil Konservative eben bereit sind, eine Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, wie es sie in Österreich in den düsteren dreißiger Jahren gegeben hat.

Im Jahr 1983, in dem wir auch der Ausschaltung des Parlaments vor 50 Jahren und der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus gedenken, geht es um die Weichenstellung für die nächsten vier Jahre, geht es darum, zu verhindern, daß es wieder so kommt wie in den dreißiger Jahren. Wir, die wir erlebt haben, was Arbeitslosigkeit und Not bedeuten, werden das den Jüngeren sagen müssen, gerade in dieser schweren Zeit, und daß es notwendig ist, weiter der SPÖ zu vertrauen. Damit unsere Regierung weiterarbeiten kann. Für Österreich und seine Menschen.

Jahr der Entscheidung

Bundeshauptversammlung 1982

Am 12. und 13. November 1982 fand im Favoritner Arbeiterheim, an dieser historischen Stätte unserer Bewegung, die Bundeshauptversammlung 1982 unseres Bundes unter dem Motto: „12. November 1918 – 12. November 1982 – Wir mahnen: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ statt.



Unsere Vorsitzende, Genossin Rosa Jochmann, leitete die Bundeshauptversammlung ein und konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, an der Spitze unseren Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Genossen Dr. Bruno Kreisky. Die künstlerische Einleitung, gestaltet von unserem Genossen Kurt Schmidt (Rezitationen) und von unserem Genossen Prof. Erwin Weiss am Klavier, gab der Eröffnung unserer Konferenz einen würdigen Rahmen. Am Nachmittag legte eine Delegation unseres Bundes am Denkmal der Republik an der Ringstraße einen Kranz nieder.

Am Abend des ersten Konferenztages nahmen wir an einer großen Friedensveranstaltung der SPÖ in der Stadthalle teil, bei der der neugewählte schwedische Ministerpräsident, Genosse Olof Palme, der in den letzten Jahren Vorsitzender einer nach ihm benannten internationalen Abrüstungskommission war, ein Referat hielt.

Der zweite Konferenztag stand ganz im Zeichen des Referats unseres Genossen Josef Hindels und der Diskussion darüber. Mit der Behandlung der Anträge und mit der Neuwahl des Bundesvorstandes ging unsere Bundeshauptversammlung zu Ende. Genosse Otto Skritek hielt das Schlußwort. Mit dem „Lied der Arbeit“ und der „Internationale“ beendeten wir unsere Konferenz.

Eine Delegation unseres Bundes legte anschließend am Mahnmal für die Opfer des Faschismus auf dem Reumannplatz in Favoriten, das im Sommer von Neofaschisten geschändet worden war, einen Kranz nieder.

Die sozialistische Bewegung war von Anfang an eine Friedensbewegung

Wer den Krieg bekämpfen will, wer ihn fernhalten will vom eigenen Volk, muß ihn dort bekämpfen, wo er geführt oder wo die Gefahr besteht, daß er geführt wird, erklärte Parteivorsitzender Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky bei der Eröffnung der Hauptversammlung unseres Bundes.

Genosse Kreisky überbrachte den Freiheitskämpfern die Grüße der gesamten sozialistischen Bewegung und dankte ihnen für die Gesinnungsfestigkeit, die sie in schwerster Zeit bewiesen haben, für das, was sie nachher vollbracht haben, den Aufbau der Partei und im vorhinein für das, was sie in der kommenden Zeit noch leisten müssen, nämlich den Jungen zu sagen, wie man für den Frieden kämpft und Politik macht und von wo aus man diese Politik machen muß.

Jean Jaurès und Friedrich Adler

Wir wissen alle um unsere Fehler, auch um das Versagen der großen sozialdemokratischen Parteien in schweren Zeiten wie 1914, sagte Genosse Kreisky weiter. Aber wir wissen auch, daß die ersten Opfer des Krieges Männer und Frauen aus unseren Reihen gewesen sind, daß der erste Tote des Ersten Weltkrieges Jean Jaurès war, und wir wis-

sen, daß es ein österreichischer Sozialist war, Friedrich Adler, der dem Wahnsinn des Krieges ein Ende bereiten wollte, durch eine Tat, die unserem ganzen Ideengut entgegengesetzt war. Als man ihn vor Gericht fragte, ob er sich schuldig bekenne, habe er gesagt, er bekenne sich schuldig in dem Sinne, als jeder Offizier schuldig ist, der den Befehl zum Töten in diesem Krieg gegeben hat.

Eine große Erziehungsaufgabe

Wir müssen den Jungen sagen, daß die sozialistische Bewegung von allem Anfang an eine große Friedensbewegung war und daß wir das auch in Zukunft sein wollen, betonte Kreisky.

Aber eines müssen wir auch wissen: Der Friede kann nicht erhalten werden dadurch, daß wir uns zu Abrüstungskonferenzen zusammenfinden. Wir müssen überall dort, wo Krieg ist, dagegen sein, auch dann, wenn es schmerzt, weil wir genau wissen, daß aus jedem Krieg der große Krieg werden kann und daß es Zufälle sein können, die ihn hervorrufen. Das ist eine große Erziehungsaufgabe der Sozialistischen Partei, wir müssen sie leisten, will sie in der Friedenspolitik glaubwürdig sein, schloß Genosse Kreisky.



Blick auf das Präsidium unserer Bundeshauptversammlung. Am Rednerpult: Zentralsekretär Fritz Marsch. Am Präsidiumstisch (von rechts nach links): Leo Lesjak, Fritz Müller, Rosa Jochmann, Josef Hindels, Manfred Ackermann, Otto Skritek und Fritz Robak



Genosse Bruno Kreisky bei seiner Begrüßungsansprache



Genossin Rosa Jochmann bei ihrer Eröffnungsansprache

Den erfolgreichen Weg fortsetzen

Die sozialistischen Gewerkschafter werden mit der SPÖ und der sozialistischen Bundesregierung den Weg, der die letzten zwölf Jahre hindurch erfolgreich gegangen wurde, im Interesse aller Teile der österreichischen Bevölkerung weitergehen, erklärte Präsident Anton Benya, der unserer Bundeshauptversammlung in einer Begrüßungsansprache die Grüße des Präsidiums der sozialistischen Fraktion des ÖGB überbrachte.

Wenn es gelungen ist, seit 1970 in Österreich eine so hohe Beschäftigtenzahl zu sichern, so sei das nicht von selbst gekommen, führte Genosse Benya aus. Und wenn die ÖVP heute sage, Vollbeschäftigung sei immer auch ihr Ziel gewesen, so müsse daran erinnert werden, daß in den Jahren der ÖVP-Alleinregierung die Zahl der Beschäftigten gesunken ist. Und wenn sich die ÖVP einen Professor zu ihrer Klubtagung eingeladen habe, der für Arbeitslosigkeit eintritt, dann müsse man annehmen, daß sie heute wieder eine solche Politik betreiben würde. In der Zeit der Koalitions-

regierung habe es 1953 im Jahresdurchschnitt 183.000 Arbeitslose gegeben, bei nicht ganz 2 Millionen Beschäftigten. Damals habe der sozialistische Minister Waldbrunner mit einem 10-Jahres-Investitionsprogramm Milliardenbeträge zur Schaffung von Arbeitsplätzen in die Wirtschaft gepumpt.

Abschließend unterstrich Genosse Benya das Zusammenwirken von Sozialistischer Partei und sozialistischen Gewerkschaftern mit dem Ziel, einen Weg in eine gerechtere, glückliche und friedliche Zukunft zu bauen. Auch Österreich müsse als kleines Land an der Sicherung des Friedens mitwirken. Mit Kriegen löst man die Probleme nicht, weder im Inland noch in der Welt, schloß Genosse Benya.

Grüße von Freunden

Weitere Begrüßungsansprachen hielten Abg. Helmut Braun, der Obmann der Bezirksorganisation Favoriten, Stadtrat Hofmann, Landtagspräsident Pfoch und JG-Bundessekretär Kohler.



Blick auf unsere Ehrengäste (von rechts nach links): Parteivorsitzender Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, JG-Bundessekretär Rudolf Kohler (zweite Reihe), Anna Körner (zweite Reihe), Landtagspräsident Hubert Pfoch (zweite Reihe), Innenminister Erwin Lanc, Verteidigungsminister Otto Rösch (zweite Reihe), ARBÖ-Vizepräsident Ing. Hans Hobl, SK-Chefredakteur Hans Waschek (zweite Reihe), Staatssekretär a. D. Franz Rauscher, Dr. Josef Schneeweiss



Genosse Fritz Petersdorff (BRD) überreicht Genossin Rosa Jochmann das Buch „Links und frei“ von Willy Brandt zum Geschenk



Blick auf unsere Ehrengäste (von links nach rechts): Wissenschaftsminister Dr. Hertha Firnberg, SPÖ-Frauenvorsitzende Dr. Jolanda Offenbeck (zweite Reihe), Staatssekretärin Dr. Beatrix Eypeltauer, Regierungsrat Kurt Ehlers

Antifaschismus in den achtziger Jahren

In seinem Referat stellte Genosse Josef Hindels zu Beginn die Frage: Wer hätte sich im Jahre 1945 vorstellen können, daß 1982 auf einer Bundeshauptversammlung der Sozialistischen Freiheitskämpfer das Thema „Kampf gegen einen neuen Faschismus“ behandelt werden muß?

Damals haben jene, die das Grauen des Faschismus selbst erlebt haben, nach ihrer Rückkehr aus den Konzentrationslagern und aus der Emigration geglaubt: Der Faschismus gehört für immer der Vergangenheit an. Warum ist es anders gekommen?

Versäumte Gelegenheiten

Genosse Hindels beschäftigte sich zunächst mit den innenpolitischen Ursachen dieser beunruhigenden Entwicklung: Nach der Befreiung Österreichs wurde der verhängnisvolle Fehler begangen, die Aufklärung über die Wurzeln, das Wesen und die Verbrechen des Faschismus zu vernachlässigen. Ehemalige KZler wurden gebeten, weniger von ihren KZ-Erlebnissen zu berichten, weil das angeblich die notleidende Bevölkerung nicht interessiere.

Besonders schlimm wurde es 1949, als die ehemaligen Nazis das Wahlrecht zurückbekamen und der Verband der Unabhängigen (Vorgänger der Freiheitlichen Partei) als Sammelbecken dieser Ehemaligen gegründet wurde. Aus Angst, Nazistimmen bei den Wahlen nicht zu bekommen, wurde über die grauenhaften Verbrechen des Faschismus geschwiegen oder nur sehr wenig gesagt. Man wollte diese Ehemaligen nicht vergrämen und verzichtete daher auf die geistige Bewältigung der faschistischen Vergangenheit. Damals wurden die psychologischen Voraussetzungen für den Neona-



Genosse Josef Hindels bei seinem Referat. Der volle Wortlaut seines Referats wird nach einem Beschluß des Bundesvorstandes als Broschüre erscheinen

zismus geschaffen, die bis heute tiefe Spuren hinterlassen haben. Die versäumten Gelegenheiten jener Jahre nach der Befreiung rächen sich bitter in der Gegenwart.

Unsere Beschlüsse

Gegen neofaschistische Umtriebe

Auf Grund von schwerwiegenden Vorfällen, die von Gruppen neofaschistischer Organisationen in den vergangenen Wochen durchgeführt wurden, zeigt sich, daß in Hinkunft wesentlich wirksamer gegen das Aufleben von Rechtsextremisten und des Neofaschismus vorgegangen werden muß.

Das NS-Verbotsgesetz 1945 mit seinen Novellen bietet kaum eine Möglichkeit, daß Staatsanwaltschaft und Gerichte energisch gegen neofaschistische Umtriebe einschreiten können.

Der Landesverband Salzburg des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus stellt den Antrag, die Bundeshauptversammlung wolle die sozialistische Parlamentsfraktion beauftragen, das Verbotsgesetz und das Parteiengesetz zu novellieren, damit die verantwortlichen Stellen der Republik gegen neofaschistische Umtriebe wirksam einschreiten können.

(Eingebracht vom Landesverband Salzburg)

Die Neonazis in der Zweiten Republik

Wenn von der unbewältigten Vergangenheit die Rede ist, denkt man an die Zeit des Faschismus von 1934 bis 1945. Aber es darf nicht übersehen werden, daß es heute auch schon eine unbewältigte Vergangenheit des Neonazismus in der Zweiten Republik gibt. Genosse Hindels erinnerte an die sogenannte Schillerfeier 1959, die zu frechen Naziprovokationen mißbraucht wurde, und an die großen Demonstrationen 1965 gegen jenen berühmten Hochschullehrer, der seine Vorlesungen für nazistische und antisemitische Propaganda mißbrauchte.

Damals gab es das erste Todesopfer des Neonazismus in der Zweiten Republik: Der alte Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger wurde von den Neonazis erschlagen. Sein Begräbnis gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration der Antifaschisten aller politischen und weltanschaulichen Richtungen.

Aber bald zeigte sich, daß auch der Märtyrertod Kirchwegers nur für kurze Zeit die antifaschistische Wachsamkeit der Behörden verstärkte.

Fortsetzung auf Seite 6

Unsere Beschlüsse

Der Nazipropaganda Einhalt gebieten

Es wächst die Flut der Naziliteratur und solcher Pamphlete, in denen der Nazistaat verharmlost wird. Es wächst die Zahl der neonazistischen Gruppen. Diese Gruppen sollen Krisensituationen schaffen oder ausweiten, in denen der Ruf nach dem „starken Mann“ und dem „starken Staat“ Erfolg verspricht. Das aber ist in Anbetracht der Erfahrungen aus den Jahren 1933 bis 1945 für alle Demokraten unerträglich.

Unsere Verfassung und die Gesetze der Republik verbieten jegliche neonazistische Aktivität und Propaganda. Wir begrüßen es, wenn immer mehr Institutionen und Kräfte zum Handeln gegen die neonazistische Gefahr auffordern – wie es zum Beispiel in zahlreichen Resolutionen von Jugend- und anderen demokratischen Vereinigungen der letzten Zeit zum Ausdruck kommt. Wir begrüßen es, wenn auch internationale Institutionen, wie die Parlamentarische Versammlung des Europarates in ihrer Entschließung 743 vom 1. Oktober 1980, „die Notwendigkeit der Bekämpfung des Wiederauflebens faschistischer Propaganda und ihrer rassistischen Aspekte“ festhalten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, daß sie alle in ihrer Zuständigkeit liegenden Möglichkeiten – einschließlich des Schließens von Gesetzeslücken – zur Bekämpfung des Neonazismus ergreife. Wir werden jeden Schritt in dieser Richtung unterstützen.

(Eingebracht vom Landesverband Tirol)

Fortsetzung von Seite 5

Verbote und glaubwürdige Aufklärung

Mit dem Hinweis auf die alarmierenden Ereignisse der letzten Zeit – Schändung des Mahnmals für die Opfer des Faschismus in Favoriten, Sprengstoffanschläge, Todesliste, Zusammenarbeit zwischen legalen Neonazis und Terroristen – erneuerte Genosse Hindels die Forderung nach einem Verbot neonazistischer Organisationen, die auch auf dem letzten Parteitag der SPÖ von vielen Organisationen gestellt wurde.

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer haben stets betont, daß Verbote allein nicht genügen. Was wir brauchen, ist eine verstärkte, aber auch eine glaubwürdige Aufklärung. Und diese Glaubwürdigkeit ist nicht gegeben, solange in Österreich Organisationen und Publikationen legal Nazipropaganda betreiben und damit die Verfassung ebenso verletzen wie den Artikel 9 des Staatsvertrages. Ein typisches Beispiel ist die aus der Bundesrepublik jede Woche eingeführte „National-Zeitung“, die in fast jeder Nummer gegen die österreichischen Gesetze verstößt und unter anderem behauptet, in den Konzentrationslagern habe es keine Vergasungen gegeben.

Gefährliche Vorfeldorganisationen

Genosse Hindels beschäftigte sich dann ausführlich mit jenen großen Organisationen, die nicht pauschal als neonazistisch bezeichnet werden können, in denen es aber solche Tendenzen gibt. Als Beispiel führte er unter anderem das Organ des Österreichischen Turnerbundes an, von dem ein Gericht

festgestellt hat, daß es faschistisches Gedankengut verbreitet. Mit scharfen Worten kritisierte Genosse Hindels, daß Spitzenpolitiker demokratischer Parteien bei Veranstaltungen solcher Organisationen den Ehrenschatz übernehmen.

Hundsgemeiner Faschismus des Alltags

Der Hinweis auf die Kleinheit neonazistischer Gruppen übersieht, daß diese die Möglichkeit haben, an eine Geisteshaltung von Teilen der Bevölkerung anzuknüpfen, die der Schriftsteller Carl Amery treffend mit den Worten charakterisiert hat: hundsgemeiner Faschismus des Alltags.

Dazu gehört die Bemerkung nach einem abscheulichen Verbrechen: „So etwas hätte es unter Hitler nicht gegeben.“ Oder die Behauptung: Unter den Nazis sei nicht alles schlecht gewesen, schließlich habe Hitler die Arbeitslosigkeit beseitigt und Autobahnen gebaut. Auch die Forderung nach einem „starken Mann“ ist typisch für diese Geisteshaltung.

Vor allem aber gehört dazu jener Fremdenhaß, der heute wie eine Epidemie verbreitet ist. Er richtet sich vor allem gegen ausländische Arbeiter, führt aber auch zu einer Neubelebung antisemitischer Vorurteile.

Der Antifaschismus der achtziger Jahre muß daher einen ständigen Kampf gegen nationalistische und rassistische Vorurteile führen. Wer Menschen anderer Nationalität haßt, muß noch kein Faschist sein, aber er ist anfällig für die barbarische Ideologie des Faschismus.

Weltwirtschaftskrise und neuer Faschismus

Genosse Hindels beschäftigte sich dann mit der internationalen Erscheinung des Faschismus in allen westeuropäischen Ländern und in den USA. Die größte Weltwirtschaftskrise des kapitalistischen Systems seit den dreißiger Jahren, die wir gegenwärtig erleben, schafft einen günstigen Nährboden für den neuen Faschismus. Man denke nur an die Verzweiflung der 30 Millionen Arbeitslosen in diesen Ländern! Es zeigt sich, wie recht die sozialistischen Denker Otto Bauer und Max Adler hatten, als sie in ihren wissenschaftlichen Untersuchungen auf den engen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus aufmerksam machten.

Antifaschismus und Friedensbewegung

Neben der Weltwirtschaftskrise begünstigen aber auch die weltpolitischen Spannungen und das atomare Wettrüsten den internationalen Faschismus. Die faschistische Ideologie war zu allen Zeiten mit der Verherrlichung des Krieges verbunden.

Daraus zog Genosse Hindels die Schlußfolgerung: Die Antifaschisten der achtziger Jahre müssen aktiv teilnehmen an der immer stärker werdenden Friedensbewegung. Der Faschismus hat viele Millionen Menschen ermordet. Ein Atomkrieg würde den größten Teil der Menschheit ausrotten, und die Überlebenden könnten nur die Toten beneiden. Daher ist die Parole der Bundeshauptversammlung der Sozialistischen Freiheitskämpfer aktueller denn je:

**NIE WIEDER FASCHISMUS
NIE WIEDER KRIEG**

Die Organisationsaufgaben im Jahre 1983

Anstelle unserer erkrankten Genossin Rudolfine Muhr erstattete Genosse Robert Blau der Bundeshauptversammlung den Organisationsbericht. Er führte aus:

Insgesamt hat sich der Mitgliederstand vom 1. Jänner 1980 von 4205 Mitgliedern zum 1. Jänner 1982 auf 4110, also um 95 Mitglieder, verringert.

Allerdings ist die Entwicklung in den einzelnen Landesverbänden verschieden:

		Mitglieder
Burgenland	hat einen Zuwachs von	5 auf 72
Kärnten	hat einen Abgang von	12 auf 91
Niederösterreich	hat einen Abgang von	31 auf 536
Oberösterreich	hat einen Zuwachs von	7 auf 305
Salzburg	hat einen Zuwachs von	56 auf 136
Steiermark	hat einen Abgang von	6 auf 99
Ober-Steier	hat einen Abgang von	27 auf 168
Tirol	hat einen Abgang von	3 auf 34
Vorarlberg	hat einen Abgang von	1 auf 5
Wien	hat einen Abgang von	73 auf 2664

Auf Grund dieser, mit Ausnahme der Landesverbände Burgenland, Oberösterreich und Salzburg, rückläufigen Mitgliederbewegung, hat der Bundesvorstand beschlossen, eine **intensive Mitgliederwerbung** der Bundeshauptversammlung zur Annahme zu empfehlen.

Unsere Beschlüsse

Werbeaktion

Die Bundeshauptversammlung beschließt eine für den Fortbestand unserer Organisation notwendige Werbeaktion und für die Vorbereitung derselben die Bestellung eines Arbeitskomitees, welches bis zum Jahresende 1983 über den Ablauf dieser Aktion dem Bundesvorstand zu berichten hat.

Im Statut unseres Bundes unter § 2 „Zweck des Bundes“ ist im Absatz „... Die Erfassung, vor allem junger Menschen, die bereit sind, aktiv am Kampfe gegen Faschismus, Reaktion und Antisemitismus teilzunehmen“ vorgesehen.

Mit der Durchführung einer solchen Werbung wird auch die ununterbrochene Fortführung unserer Organisation gewährleistet.

Zur gründlichen Vorbereitung dieser Aktion, die ja erst nach der Nationalratswahl 1983 im Rahmen unserer Partei erfolgen kann, möge der Bundesvorstand das Antifaschistische Kontaktkomitee heranziehen.

(Eingebracht vom Landesverband Niederösterreich)

Der Bundesvorstand wird in geeigneter Form in den Zeitungen der Partei und deren Organisationen, Mitglieder der SPÖ jeden Lebensalters zum Beitritt einladen. Unseren Mitarbeitern wird empfohlen, in allen SPÖ-Vorständen, Ausschüssen, Ortsgruppen und Sektionen über die Aufgaben unseres Bundes zu sprechen, auf die Notwendigkeit, uns durch den Beitritt zu stärken, hinzuweisen und, wie es unser Genosse Kurt Schmidt in Simmering gemacht hat, gleich sämtliche Mitglieder des Bezirksausschusses, soweit sie nicht schon Mitglieder waren, das Beitrittsformular ausfüllen zu lassen. So gelang es ihm, den Mitgliederstand auf 424 zu erhöhen, und damit ist Simmering die weitaus stärkste Bezirksgruppe Wiens geworden.

Natürlich haben wir bei der Werbung das Problem, ob laut unseren Statuten das neue Mitglied —

nach § 4 Absatz 1 und 2 oder nach Absatz 3 — ein „unterstützendes Mitglied“ ist, zu berücksichtigen. Das erschwert das Werben, weil wir ja zweierlei Beitrittsformulare haben.

Ich glaube, es wird dadurch erleichtert, daß Geworbene, die nach dem Jahre 1930 geboren sind —

Unsere Beschlüsse

Mitgliedschaft

Abänderung des § 4 Mitgliedschaft Punkt 3.

Der Punkt 3 lautet bisher:

Dem Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus können nur Mitglieder der Sozialistischen Partei und der Sozialistischen Jugendorganisationen angehören, wenn sie bereit sind, die Ziele und die Tätigkeit des Bundes anzuerkennen und zu unterstützen.

(Eingebracht vom Landesverband Tirol)

angenommen, sie sind ein Naziopfer, waren deportiert, emigriert, in Haft oder Sternträger —, nur unterstützende Mitglieder sein können. Bei älteren Genossinnen und Genossen muß man allerdings fragen, ob sie eine Tätigkeit im Sinne des § 2 Absatz 3, 4 und 5 oder § 4 Absatz 2 vollbracht oder erlitten haben.

In diesem Fall ist ja auf dem Beitrittsformular diese Aktivität anzugeben.

Wir dürfen uns durch diese Erschwernis nicht entmutigen lassen, und es soll unser aller Bemühen sein, durch eine erfolgreiche Werbeaktion unseren Bund zu stärken.

Als bei einer Bundeshauptversammlung beschlossen worden ist, durch die Erweiterung unserer Statuten auch jüngeren Parteimitgliedern den Beitritt zu ermöglichen, wurde auch beschlossen, zur Verbindung mit den sozialistischen Jugendorganisationen und zur Vermittlung der Zeitgeschichte an interessierte junge Genossen ein Antifaschistisches Jugendkontaktkomitee zu gründen.

Es waren am Beginn vor allem die Genossen Manfred Ackermann und Josef Hindels, die als

Unsere Beschlüsse

Erfüllung offener Forderungen im Opferfürsorgegesetz

Noch immer gibt es offene Wünsche der Opfer sowie Härten im Opferfürsorgegesetz. Der Bundesvorstand möge sich für die Beseitigung dieser Härten einsetzen.

(Eingebracht vom Bundesvorstand)

Mentoren und Vortragende die Tätigkeiten dieses Komitees unterstützt und gefördert haben.

Um unserer Tätigkeit der Aufklärung einen breiteren Raum zu geben, möge die Bundeshauptversammlung beschließen:

Anstelle des Namens Antifaschistisches Jugendkontaktkomitee soll es nunmehr heißen: **Antifaschistisches Kontaktkomitee**.

Fortsetzung auf Seite 8

Unsere Beschlüsse

Außerordentliche Zuwendung aus Anlaß 50 Jahre 12. Februar 1934

Vor 50 Jahren, im Februar 1934, ist die Arbeiterschaft in ihrem Verteidigungskampf um Republik und Demokratie einer Übermacht erlegen. Partei, Gewerkschaft und alle sozialistischen Organisationen wurden verboten. Die Arbeiterschaft, beraubt aller Freiheitsrechte, führte einen opferreichen Kampf um Demokratie und Freiheit in der Illegalität weiter und hat alle Leiden mutig ertragen.

Die Bundeshauptversammlung beauftragt den Bundesvorstand, ein einleitendes Gespräch mit den zuständigen Stellen – Bundeskanzler und Sozialminister – über eine einmalige Zuwendung im Februar 1984 zu führen.

Mit dieser anerkennenden Zuwendung sollen Inhaber einer Amtsbescheinigung, eines Opferausweises und Inhaber des Befreiungsehrenzeichens ausgezeichnet werden.

(Eingebracht vom Bundesvorstand)

Fortsetzung von Seite 7

Im Berichtsheft ist neben der Übersicht der zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen des Bundes auch der Bericht der **Opferfürsorge**.

Zwei Möglichkeiten will ich in Erinnerung bringen:

1. Das Opferfürsorgegesetz hat keine Fristen. Daher kann man jederzeit, wenn man darauf kommt, daß man bisher verabsäumt hat, einen allfälligen Anspruch geltend zu machen, einen Antrag stellen.

2. Es ist nunmehr, so wie beim ASVG, auch im OFG der Witwer, der Lebensgefährte, der Witwe, der Lebensgefährtin gleichgestellt.

Daher kann der Witwer oder Lebensgefährte nach der Inhaberin einer Amtsbescheinigung, wenn diese bis zum Tode eine Opferrente von mindestens 60 Prozent bezogen hat, jedenfalls die Hinterbliebenengrundrente von derzeit 1279 Schilling, unbeschadet der Höhe seines Einkommens, beantragen. Wenn die Kausalität zwischen anerkannten Leiden und Ableben festgestellt wird, dann erhält er als HBL eine Amtsbescheinigung, die HBL-Grundrente, wenn sein Einkommen geringer als der Satz der UR ist, dann bekommt er als anerkannter HBL eine Teilunterhaltsrente (das gilt auch für den Be-



Unsere Jubilare (von links nach rechts): Paul Kunz, Anna Niederle, Franz Stern, Erna Soucek, Emil Franz und Johannes Cäsar

zug von mindestens 60 Prozent OR des Verstorbenen, ansonsten kann er eine Witwerbeihilfe bekommen.

Wir sind überzeugt, daß es manchen Witwer unter unseren Mitgliedern gibt, der bisher diesen Anspruch noch nicht geltend gemacht hat.

Sterbekostenbeitrag

Mit einer Novelle des ASVG wurde der Sterbekostenbeitrag der Gebietskrankenkassen einheitlich auf 6000 Schilling vermindert. Wir haben daher beim Sozialministerium interveniert und folgende Lösung erreicht:

Nach jedem Inhaber einer Amtsbescheinigung erhält jeder Angehörige über Antrag ein Sterbegeld von mindestens 4707 Schilling.

Wenn dem Verstorbenen die 6000 Schilling der Krankenkasse nicht gebühren oder die Hinterbliebenen kein Sterbeviertel seiner Bezüge bekommen, dann erhält man ein Sterbegeld von 7848 Schilling.

Außerdem kann man gleich bei der Antragstellung für dieses Sterbegeld, wozu noch die Gebühr-

Unsere Beschlüsse

Verbot von NDP und ANR

Gestützt auf das Wahlergebnis bei den Bundespräsidentenwahlen, versucht der in Niederösterreich beheimatete Norbert Burger, in ganz Österreich eine breitere Basis für seine neofaschistische Tätigkeit zu schaffen. Die Duldung dieser Aktivitäten durch die Behörde zeigt, daß eine verstärkte antifaschistische Aufklärung und Tätigkeit notwendig ist.

Wir verlangen daher:

- Verbot aller neofaschistischen Organisationen, insbesondere der NDP und ANR.
- Strafrechtliche Verfolgung aller neofaschistischen Aktivitäten.
- Umfassende antifaschistische Aufklärung an den Schulen, in der Öffentlichkeit und durch die Massenmedien.
- Unterbindung chauvinistischer deutschnationaler Propaganda.
- Verstärkte Bemühungen für internationale Solidarität, Frieden und Entspannung.

(Eingebracht vom Landesverband Tirol)

nisse des Sterbevierts der Opferfürsorgerenten, die der Verstorbene allenfalls bis zu seinem Tode bezogen hat, kommen, also in den Bundesländern beim Opferfürsorgereferat der Bezirkshauptmannschaften oder Städte mit eigenem Statut, allenfalls beim Amt der Landesregierung in Wien bei der MA 12 einen Sterbekostenbeitrag als Härteausgleich beantragen. Hierüber entscheidet das Sozialministerium, und es berücksichtigt dabei, ob das Einkommen des Verstorbenen nicht höher als monatlich 11.938 Schilling, bei Ehepaaren 15.044 Schilling war, inwieweit die Ausgaben für das Begräbnis höher gewesen sind, als die erhaltenen Sterbebeiträge, und außerdem wird der als Härteausgleich bewilligte Betrag bei der Verlassenschaft zur allfälligen Rückforderung angemeldet.

Verschlimmerungsanträge

Inhaber der Amtsbescheinigung als Selbstopfer werden nicht nur älter, sondern auch ihr Gesundheitszustand wird schlechter. Inwieweit es sich bei einer solchen Verschlechterung um die Verschlimmerung allenfalls anerkannter Haft- oder Verfolgungsleiden handelt oder um das Auftreten von Spätfolgen, bleibt dem Gutachten der Amtssachverständigen (Ärzte) überlassen.

Daher muß es sich jeder selbst überlegen, ob er einen neuen oder einen Verschlimmerungsantrag einbringen soll.

Ab 1. Jänner 1983: 28. Novelle des OFG

1. Erweiterung des Personenkreises für die sogenannte Haftzulage, die ab 1. Jänner 1983 monatlich 333 Schilling 14mal im Jahr beträgt. Bisher nur Inhaber einer AB nach § 1 Abs. 1 lit. e, also mindestens 6 Monate einer erschwerten Haft oder 12 Monate Haft, 65 Jahre alt und Bezug einer OR. Jetzt auch für AB § 1 Abs. 1 lit. d. Das heißt, nunmehr erhalten alle Inhaber einer AB, 65 Jahre alt — Bezug einer OR, diese Zulage, auch wenn sie ganz kurz in Haft gewesen sind.

Die Zuerkennung erfolgt von Amts wegen. Wenn jemand, der nur ganz kurz in Haft war, es kann dies auch eine Einvernahme bei der GESTAPO gewesen sein, bei der man schwerst mißhandelt wurde und als Folge dieser Mißhandlung eine AB und OR zuerkannt erhalten hat, bis Mitte 1983 diese Zulage nicht bekommt, dann muß er sie beantragen beziehungsweise darauf aufmerksam machen, daß er seiner Meinung nach auf sie einen Anspruch hat, und er muß sie bei einer positiven Erledigung rückwirkend ab 1. Jänner 1983 bekommen.

Verschlechterung für Lebensgemeinschaft aufgehoben. Wohl Anrechnung von 3 Prozent des Einkommens der LG, aber nicht Zuerkennung des erhöhten UR-Satzes von 7522 Schilling, sondern nur 5969 Schilling, also um 1553 Schilling.

Eine Abtretung von Versorgungsgebühren (OR oder HblR) kann nur mit Zustimmung des LH und Anhören der Rentenkommission erfolgen.

Sehr wichtig, weil der Rentenbezieher unter Umständen unter Druck gesetzt worden ist.

Die UR ist ja zur Bestreitung des Lebensunterhaltes bestimmt. Sie beträgt ab 1. Jänner 1983

für das anspruchsberechtigte Opfer jetzt 5969 Schilling, dann 6297 Schilling;

für das anspruchsberechtigte HBL jetzt 5242 Schilling, dann 5530 Schilling;

Fortsetzung auf Seite 10

Unsere Beschlüsse

Hochhaltung der politischen Moral

Angesichts bestimmter Erscheinungen in der politischen Landschaft Österreichs, wie Mißbrauch öffentlicher Funktionen, ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Privilegien, Interessendenken statt Gesinnungsgemeinschaft, Ämterkumulation usw. erscheint es besonders wichtig, daß die Sozialistische Partei als führende Kraft in unserem Lande nachhaltig und wirksam auf allen Ebenen für die Hochhaltung der politischen Moral eintritt.

Zu dieser Mahnung fühlen sich die sozialistischen Freiheitskämpfer verpflichtet.

(Eingebracht vom Landesverband
Niederösterreich)

Protest gegen Äußerungen von Graff und Hubinek

Die Bundeshauptversammlung der sozialistischen Freiheitskämpfer weist mit Entschiedenheit die ungeheuerliche Behauptung des Generalsekretärs der ÖVP, Graff, zurück, die Sozialisten seien eine Gefahr für die Demokratie. Als Zeugen der Zeit können wir feststellen, daß Österreichs Sozialisten stets die Demokratie verteidigt haben und von zwei faschistischen Diktaturen verfolgt wurden.

Nicht weniger entschieden weist die Bundeshauptversammlung den Zwischenruf der ÖVP-Abgeordneten Hubinek bei einer Sitzung des Parlaments zurück, Kreisky habe sich in der faschistischen Zeit nicht einsperren lassen, sondern sich rechtzeitig nach Schweden abgesetzt.

Wir stellen die Tatsachen fest: Bruno Kreisky war in der Zeit des illegalen Kampfes gegen den Faschismus unser Kampfgefährte in den Reihen der „Revolutionären Sozialisten“. Er wurde eingekerkert, vor Gericht gestellt und hat 1936 in einem Prozeß, der weltweites Aufsehen erregte, eine mutige Rede gehalten. Als 1938 die Nazis Österreich besetzten, wurde Kreisky von der Gestapo verhaftet und später nur unter der Bedingung freigelassen, daß er das Land verläßt.

Die Bundeshauptversammlung weist darauf hin, daß jene Generation österreichischer Sozialisten, der auch Bundeskanzler Kreisky angehört, von 1934 bis 1945 schwere Opfer im Kampf für die Freiheit Österreichs gebracht hat. Trotz allen Leides, das uns zugefügt wurde, sind wir frei von Rachegefühlen. Aber Äußerungen wie die von Herrn Graff und Frau Hubinek stellen den Versuch dar, die Zeitgeschichte zu verfälschen.

Die Bundeshauptversammlung fordert die Österreichische Volkspartei auf, dafür zu sorgen, daß solche Exzesse, die die innenpolitische Atmosphäre vergiften, nicht wiederholt werden.

Fortsetzung von Seite 9

für das anspruchsberechtigte Opfer, das verheiratet ist oder in Lebensgemeinschaft lebt, 7522 Schilling, dann 7936 Schilling.

Die Erhöhungen erfolgen von Amts wegen. Allerdings müssen allfällige Erhöhungen des sonstigen Einkommens angerechnet werden.

Es ist aber wichtig, immer wieder zu prüfen, ob das sonstige Einkommen nicht geringer ist als der Satz der UR und man daher einen neuen Antrag auf eine Teil-UR stellen muß.

Aktivitäten im Jahre 1983

Unser Kampf gegen Neofaschismus, Rassismus, Terror und Verletzung der Menschenrechte und für den Frieden geht weiter.

1983 wird es 50 Jahre her sein, daß Hitler in Deutschland an die Macht gekommen ist. Auch bei uns verstärkte sich das Ringen der Sozialdemokratie mit dem konservativen Bürgertum und der erstarkenden NSDAP.



Nicht umsonst beginnt der Schädigungszeitraum des OFG mit dem 5. März 1933.

Wir wollen daher im Jahre 1983 dieses Gedenken würdig begehen.

Im März 1983 wird der Wahlkampf zu den Nationalratswahlen am 24. April 1983 auf dem Höhepunkt sein.

Die politischen Gegner werden wahre Schmutzkübel über uns ausgießen. Sie werden sich auch mit dem Teufel verbünden, wenn sie sich davon einen Erfolg versprechen. Keine Lüge, keine Demagogie wird ihnen zu schlecht sein.

Genosse Hindels hat in einem viel beachteten Beitrag in der „Zukunft“ vor der neuen Koalitionsphilosophie in der SPÖ gewarnt.

Nach einer Wahl hat Oscar Pollak in der AZ geschrieben, daß er eine ganze Nacht über den Mißerfolg geweint hat.

Wir alle, gerade wir Freiheitskämpfer, müssen mit allen Kräften für einen Erfolg am 24. April 1983 arbeiten. Nur die Erhaltung der absoluten Mehrheit ermöglicht die Fortsetzung des bewährten österreichischen Weges.

Tun wir daher alles, daß wir in der Nacht zum 25. April 1983 nicht weinen müssen, sondern voll Glück einen Sieg der SPÖ bejubeln können.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Robert Blau, Josef Hindels, Rudolfine Muhr, Hans Waschek.

Unsere Beschlüsse

Abgrenzung auch nach rechts

Die SPÖ hat durch die Eisenstädter Erklärung im Jahre 1969 und durch zahlreiche Erklärungen ihrer Spitzenfunktionäre wiederholt eine eindeutige Abgrenzung der Partei nach links vorgenommen.

Die wachsenden Umtriebe rechtsextremer Kräfte, die sich oft genug in „unpolitischen“ Vereinen tarnen, machen es notwendig, eine derartige Abgrenzung auch nach rechts vorzunehmen.

Die Mitgliedschaft von Sozialisten in Organisationen, die faschistoides Gedankengut pflegen und die österreichische Nation in Frage stellen, ist mit unserer Gesinnung und mit unseren Statuten unvereinbar. Auch der Ehrenschutz über Veranstaltungen solcher Organisationen darf von Sozialisten nicht übernommen werden.

Zu diesen rechtsextremen Organisationen zählen etwa:

- Österreichischer Turnerbund.
- Kärntner Heimatdienst.
- Österreichischer Kameradschaftsbund.
- Kameradschaft IV.
- Österreichischer Soldatenverband.
- Verband österreichischer Kameradschaften.

(Resolution, eingebracht vom Jugendkontaktkomitee)

Der neugewählte Bundesvorstand

Ehrenobmann: Manfred Ackermann.

Paul Bernstein, Stefan Billes, Alfred Billmaier, Robert Blau, Friedrich Eibicht, Steffi Fahn, Josef Hindels, Rosa Jochmann, Leo Lesjak, Karl Milota, Rudolfine Muhr, Erna Musik, Hans Schiller, Eduard Schlesinger, Kurt Schmidt, Erwin Schramm, Peter Seda, Otto Skritek, Rudolf Trimmel.

SBG-Seminargruppe in Wien

Vom 6. bis 12. November 1982 fand ein Wochen-seminar der Sozialdemokratischen Bildungsgem. Nordrhein-Westfalen (BRD) in Brunn am Gebirge und Wien statt.

Am ersten Tag legte der Seminarleiter, Landessekretär Horst Becker (Bonn), an unserem Freiheitskämpferdenkmal auf dem Reumannplatz einen Kranz mit „Niemals vergessen!“ nieder. Unter den Seminarteilnehmern befand sich die Witwe des Genossen Rudolf Rothe (Leipzig), einem Verfasser des Manifests von Buchenwald.

Am letzten Tag, während unserer Bundeshauptversammlung, wurde das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen besucht, wo der DGB-Landesvorsitzende Peter Michels einen Kranz niederlegte und die Gedenkansprache hielt.

Diese SBG-Seminargruppe wird vom 29. April bis 3. Mai 1983 wieder in Wien sein. Das nächste deutsch-österreichische Sozialistentreffen wird in Neumarkt vom 6. bis 13. August 1983 stattfinden.

Landeshauptversammlung des Landesverbandes Wien

Im Arbeiterheim Wien-Favoriten fand am 11. November 1982 die **Landeshauptversammlung** des Landesverbandes Wien unseres Bundes statt.

Genosse Robert Blau, der Wiener Obmann, begrüßte die erschienenen Delegierten und vor allem die Gäste, die Leiterin des Opferfürsorgereferates der Wiener Landesregierung, Magistratsabteilung 12, Frau Amtsrat Schwanzer, und ihre Stellvertreterin, Frau Amtsrat Riemer, sowie den Leiter der Opferfürsorgekommission des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, Herrn Regierungsrat Amtsdirektor Cerepak. Er gratulierte Genossen Rudolf Kromer, der an diesem Tag Geburtstag hatte, sehr herzlich. Er stellte als Vorsitzender fest, daß von den 144 eingeladenen Delegierten 125 anwesend gewesen sind und damit die Beschlußfähigkeit gegeben war.

Zur Begrüßung eingeladen, dankte Frau Amtsrat Schwanzer für die Einladung und versicherte, daß sie und ihre Mitarbeiter jederzeit bereit sind, den Opfern und Hinterbliebenen mit Rat und Tat zu helfen und daß sie genau wissen, welche Sorgen und Probleme sie bewegen. Regierungsrat Cerepak wies auf den Bereich seiner Aufgaben hin und sicherte gleichfalls seine Bereitschaft zu, die Interessen der Geschädigten immer bestens wahrzunehmen.

Der Vorsitzende dankte sehr herzlich und bestätigte, daß alle Mitarbeiter der beiden Opferfürsorgeabteilungen sich durch ihre Freundlichkeit, durch Entgegenkommen und Hilfsbereitschaft auszeichnen.

Totengedenken

Zum Totengedenken erhoben sich die Teilnehmer von ihren Plätzen. Untermalt von den Klängen der „Unsterblichen Opfer“ verlas Genosse Schmidt die von den Bezirksgruppen genannten, besonders verdienten Funktionäre des Bundes, die im Berichtszeitraum verstorben sind.

Der Vorsitzende hob besonders die Trauer um die folgenden Verstorbenen hervor: Ehrenobmann des Landesverbandes Genosse Johann Haas, Landeskassier Genosse Alois Waschek, Mitglied der Landeskontrolle Genosse Karl Wolf.

Er gelobte, daß das Andenken an die verstorbenen Mitarbeiter und Mitglieder immer dankbar und ehrend bewahrt bleiben wird.

Nach einer Trauerminute dankte der Vorsitzende für die Trauerkundgebung, die im Protokoll vermerkt wurde.

Der Vorsitzende beantragte, die Tagesordnung, die mit der schriftlichen Einladung allen Delegierten zur Kenntnis gebracht worden ist, zu genehmigen. Sie wurde einstimmig angenommen.

Das von den nach einem Schlüssel von den Bezirksgruppen vorgeschlagene Wahlkomitee, bestehend aus: vom 2. Bezirk Genossin Rosa Rothe, vom 4. Bezirk Genosse Josef Leeb, vom 10. Bezirk Genosse Josef Schäuckel, vom 11. Bezirk Genosse Franz Wachutka, vom 19. Bezirk Genosse Friedrich Lehner, wurde einstimmig gewählt.

Bericht des Landesobmannes

Genosse Blau übergab dem Landesobmannstellvertreter, Genossen Otto Skritek, den Vorsitz, und dieser erteilte Genossen Blau das Wort zu seinem Bericht.

Der Gesamtmitgliederstand des Bundes verringerte sich um 95 Mitglieder; allein der Wiener Mitgliederstand verringerte sich um 73 auf 2.664 Mitglieder. Dabei war die Entwicklung der einzelnen Bezirksgruppen sehr divergierend:

	1. 1. 1980 Mitglieder		1. 1. 1982 Mitglieder
Innere Stadt	32	ein Rückgang um	6 auf 26
Leopoldstadt	99	ein Zuwachs um	37 auf 136
Landstraße	90	ein Zuwachs um	20 auf 110
Wieden	74	ein Rückgang um	7 auf 67
Margareten	159	ein Rückgang um	15 auf 144
Mariahilf	23	ein Rückgang um	10 auf 13
Neubau	109	ein Rückgang um	5 auf 104
Josefstadt	15	ein Rückgang um	5 auf 10
Alsergrund	101	ein Rückgang um	9 auf 92
Favoriten	289	ein Rückgang um	9 auf 280
Simmering	468	ein Rückgang um	44 auf 424
Meidling	80	ein Zuwachs um	5 auf 85
Hietzing	129	ein Rückgang um	7 auf 122
Penzing	153	ein Rückgang um	5 auf 148
Rudolfshheim	76	ein Zuwachs um	14 auf 90
Ottakring	100	ein Rückgang um	15 auf 85
Hernals	111	ein Rückgang um	4 auf 107
Währing	59	ein Zuwachs um	3 auf 62
Döbling	173	ein Rückgang um	14 auf 159
Brigittenau	105	ein Rückgang um	4 auf 101
Floridsdorf	159	ein Zuwachs um	28 auf 187
Donaustadt	70	ein Rückgang um	21 auf 49
Liesing	63	unverändert	63

Also nur die Bezirksgruppen 2, 3, 12, 15 und 21 haben einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die Genossen, die diesen Erfolg errungen haben, berichten, daß sie einfach im Bezirksausschuß und in den Sektionen und Nebenorganisationen geworben haben, und zwar mit Erfolg.

Die 28. Novelle des Opferfürsorgegesetzes, die mit 1. Jänner 1983 in Kraft tritt, bringt nicht nur die Erhöhung der Unterhaltsrenten, sondern auch die Vergrößerung des Personenkreises, der die sogenannte Haftzulage erhält. Die Zuerkennung erfolgt von Amts wegen, aber es kann vorkommen, daß manche unberücksichtigt bleiben.

Ob das Abgabenänderungsgesetz, das mit 1. Jänner 1983 in Kraft tritt, auch hinsichtlich der Freibeträge für AB- und OA- sowie OR-Inhaber eine Verbesserung bringt, wissen wir noch nicht. Sollte dies der Fall sein, werden wir in der Obmännerkonferenz und im „Kämpfer“ informieren.

Auf Grund des Mietrechtsgesetzes 1982 kann bekanntlich ein Erhaltungsbeitrag eingehoben werden. Wenn dieser je Quadratmeter 4.50 Schilling oder mehr beträgt, dann kann man, wenn für die Einzelperson das Jahresnettoeinkommen nicht höher als 85.000 Schilling, für die zweite Person um 20.000 Schilling, für die dritte Person um 6000 Schilling mehr ist, beim zuständigen Finanzamt um eine Mietzinsbeihilfe ansuchen.

Ich wurde schon oft gefragt und betone daher heute auf Grund von mir eingeholten Informatio-

... eine Scheibe von abschneiden.

Joseph Cap, Joseph Hindels, Alfred Dallinger,
Alfred Gusenbauer und Leopold Spira, zu-
sammen mit Albers, Ingraio, Bondoux, Tren-
tin, Chevènement, Vikström

Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken

*Fragen einer sozialistischen
Politik in Westeuropa*

»Was heute eine Krise des Marxismus zu sein scheint, ist nichts anderes als der schmerzhafteste Prozeß der Anpassung des Sozialismus an eine von Grund auf umgewälzte Welt.« (Otto Bauer) Ressourcenverknappung, Energiekrise, Rüstungswahnsinn — die kapitalistische Krise verlangt neue Antworten von den Eurolinken. Sie trafen sich im März 1982 zum 3. Wiener Otto-Bauer-Symposium.

Eurosozialisten und Eurokommunisten aus den wichtigsten westeuropäischen Metropolen diskutieren gemeinsam Wege zum Sozialismus, Bündnisfragen sowie ihr Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen. Der Sozialismus ist noch immer reich an unerschlossenen Möglichkeiten und optimistischen Lebensentwürfen.

Referate und Diskussionsbeiträge des 3. Wiener Otto-Bauer-Symposiums zu den neuen Problemen einer sozialistischen Politik in Westeuropa.
ISBN 3-922489-03-6 OS 150,-

Bestelladresse:

Sozialistische Jugend Österreichs
Neustiftgasse 3, A-1070 Wien



nen, daß als Einkommen auch die Opfer- beziehungsweise die Hinterbliebenengrundrente anzugeben ist und angerechnet wird. Nicht angerechnet wird die Hilflosenzulage. Die Arbeitsgemeinschaft wird versuchen, beim Finanzminister die Freisetzung dieser Renten zu erwirken.

Abschließend dankte Genosse Blau allen Mitgliedern des Landesvorstandes, allen Bezirksobmännern und ihren Vorständen für die geleistete Arbeit sehr herzlich und bat alle, auch in Zukunft die Aufgaben gemeinsam nach besten Kräften wahrzunehmen.

Genosse Alois Ballek brachte den Kassierbericht. Namens der Kontrolle berichtete Genosse Friedrich Eibicht, daß die Kontrolle periodisch Kassabuch, Belege, Marken- und Geldbestände geprüft hat und immer alles bestens in Ordnung war. Er beantragte daher, dem Kassier und dem gesamten scheidenden Vorstand die Entlastung zu erteilen.

Referat des Genossen Exenberger

Genosse Herbert Exenberger referierte dann über „Die Tätigkeit des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes“. Er schilderte das Entstehen des Dokumentationsarchivs, den Idealismus der ehrenamtlichen Mitarbeiter, das Anwachsen des Archivs, der vielen Ausstellungen und Publikationen, den Kampf gegen die Erscheinungen des Neofaschismus und des Rechtsextremismus und appellierte an die Delegierten, ihre Erlebnisse, Erfahrungen sowie allfällige Dokumente und Schriften dem Archiv zur Verfügung zu stellen. Reicher Beifall dankte dem Referenten.

Neuwahl des Landesvorstandes

Für das Wahlkomitee legte Genosse Lehner den Wahlvorschlag vor:

Landesobmann:	Robert Blau
Landesobmannstellvertreter:	Otto Skritek
Landesobmannstellvertreter:	Karl Milota
Landeskassier:	Alois Ballek
Landeskassierstellvertreter:	Kurt Schmidt
Landesschriftführer:	Eduard Schlesinger
Landesschriftführerstellvertreter:	Steffi Fahn
Landeskontrolle:	Friedrich Eibicht
Landeskontrolle:	Erna Musik
Landeskontrolle:	Otto Wolf
Beisitzer:	Paul Bernstein
Beisitzer:	Alfred Billmaier
Beisitzer:	Herbert Exenberger
Beisitzer:	Johann Illedits
Beisitzer:	Rudolf Kromer
Beisitzer:	Franz Mödlagl
Beisitzer:	Gilbert Wasserberger

Die Wahl erfolgte einstimmig, und Genosse Skritek übergab den Vorsitz an den neuen und alten Obmann, der für das Vertrauen namens aller Gewählten dankte und vor allem dem bisherigen Landeskassierstellvertreter Rudolf Fiedler, der über seinen Wunsch aus Krankheitsgründen ausgeschieden ist, sehr herzlich für seine langjährige Mitarbeit.

Kritik an ORF-Sendungen

Unter „Allfälliges“ kritisierte Genosse Kromer zu Recht die ORF-Sendungen über die Habsburger Otto und Zita und meinte, daß man anscheinend beim ORF nicht zur Kenntnis nimmt, daß es in der Republik Österreich keinen Adel und daher auch kein „von“ mehr gibt.

Genosse Blau dankte allen Teilnehmern und schloß die Landeshauptversammlung, die mit dem „Lied der Arbeit“ beendet wurde.

Die Opfer mahnen:

Das Wettrüsten beenden

Wir ehemaligen Widerstandskämpfer, Deportierten, Internierten, Opfer des Faschismus und Nazismus, Vertreter von Millionen Frauen, Kindern und Männern, die in den nazistischen Vernichtungslagern ermordet wurden,

Vertreter der Patrioten, der Frauen und Kinder aus dem Maquis, den Märtyrerstädten und -dörfern, die gefoltert und massakriert wurden,

Vertreter von Millionen Soldaten mit und ohne Uniform, die im Kampf für die Freiheit ihrer Länder gefallen sind, haben uns auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen, einem der Symbole nazistischer Barbarei, versammelt, im Gedenken an den gemeinsam geführten Kampf der alliierten Armeen und der Widerstandskämpfer aller Länder, der am 8. Mai 1945 mit dem Sieg aller über den gemeinsamen Feind endete.

Wir sind tief besorgt über die wachsenden internationalen Spannungen in einer Welt voller Krieg, voller militärischer Konfrontationen, die Tausende von Opfern, darunter unschuldige Zivilopfer, fordern.

Wir haben Angst um unsere Familien, um unsere Kinder, um die kommenden Generationen; denn sie sind den Vernichtungsrisiken ausgesetzt, die die Anhäufung von atomaren und konventionellen Waffen für die Menschheit bedeuten.

Wir, die wir am Befreiungskampf Europas gegen die Nazi Herrschaft teilgenommen haben, sind dem Frieden, der Freiheit, den Menschenrechten, der Sicherheit und Unabhängigkeit unserer Heimatländer zutiefst verpflichtet.

Wir erklären, daß der Frieden nicht durch die wahnsinnige Vermehrung von atomaren oder anderen Waffenarsenalen gewahrt werden kann; dies ist, im Gegenteil, nur möglich, durch ihre fortschreitende, gleichzeitige, ausgeglichene und kontrollierte Reduzierung auf der ganzen Welt. Damit wäre ein erster großer Schritt auf dem Wege zu ihrem totalen Verbot gemacht.

Wir wenden uns entschieden gegen das ständige Wachsen der Rüstungshaushalte.

Nach Auffassung der UNO-Experten werden jährlich 600 Milliarden Dollar für die Produktion neuer, noch perfekterer Massenvernichtungswaffen ausgegeben.

Die Zahl der insbesondere bei den Großmächten angehäuften konventionellen und atomaren Waffen ist inzwischen so groß, daß mit ihnen alles Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden könnte. Nicht nur der Frieden, sondern das Leben auf unserer Erde ist unmittelbar bedroht.

Wir ehemaligen Widerstandskämpfer, Deportierten, Internierten und Familien der Opfer haben unser im Kampf gegen Faschismus und Nazismus erworbenes moralisches Ansehen seit 1945 stets für Abrüstung und Sicherung des Friedens eingesetzt.

Wir appellieren heute an alle Menschen: Setzt all eure Kraft und Energie dafür ein, daß das Wettrüsten beendet wird! Fordert von den Regierungen, die die Verantwortung für das Leben so vieler, nach Frieden strebender Völker tragen,

○ den raschen und erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über die Reduzierung sämtlicher land-, see- und luftgestützten Mittelstreckenraketen in Europa, als wichtigen Schritt auf dem Wege einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung,

○ die Unterstützung aller Initiativen und die Beteiligung an allen internationalen Konferenzen, die dem Ziele der allgemeinen und kontrollierten Abrüstung dienen.

Wir, die die faschistische Barbarei bekämpft und besiegt haben, bleiben dem Schwur, den die Überlebenden von Mauthausen auf diesem Appellplatz am 16. Mai 1945 geschworen haben, treu:

„Wir werden einen gemeinsamen Weg beschreiten, den Weg der gegenseitigen Verständigung, einen Weg der Zusammenarbeit am großen Werk des Aufbaus einer neuen, für alle gerechten, freien Welt... Im Gedenken an das vergossene Blut aller Völker, im Gedenken an die Millionen durch den Nazifaschismus gemordeten Brüder geloben wir, daß wir diesen Weg niemals verlassen werden.“

(Erklärung, verlesen am 26. September 1982 auf dem Appellplatz des ehemaligen KZ Mauthausen bei einem Treffen von Widerstandskämpfern und Opfern des Faschismus aus verschiedenen europäischen Ländern.)

50 Jahre nach der Machtergreifung Hitlers -

„Nie wieder Faschismus!“

Konferenz der Wiener Bildungsfunktionäre und Parteireferenten am Freitag, dem 28. Jänner 1983, von 17 bis 20 Uhr im Saal der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten in Wien 1, Maria-Theresien-Straße 11.

Kulturelle Einleitung durch die Arbeitersinggruppe Aufbruch und Genossen Kurt Schmidt (Texte aus Konzentrationslagern).

Es sprechen der Wiener Landesbildungsobmann, Abgeordneter Ernst Nedwed, der stellvertretende Bundesobmann der Sozialistischen Freiheitskämpfer, Prof. Josef Hindels, und der stellvertretende Wiener Parteioobmann, Abgeordneter Helmut Braun.

die Gewährung der erhöhten Unterhaltsrente muß nicht mehr der Nachweis erbracht werden, daß das Opfer für den Lebensgefährten sorgt. Allerdings werden gemäß § 11 Abs. 14 30 Prozent des Einkommens der Lebensgefährten auf die Unterhaltsrente angerechnet. Haben beide Ehegatten (Lebensgefährten) Anspruch auf die Unterhaltsrente, so gebührt diese nach lit. c nur einem Ehegatten (Lebensgefährten).

Wird einem Antrag auf Abtretung einer Opferfürsorgerente zugestimmt, sind die Interessensvertretungen zu hören.

Außerdem wird durch die 28. Opferfürsorgegesetz-Novelle die Möglichkeit geschaffen, daß künftighin auch jüngere Vertreter ihres Vertrauens in die von den OF-Behörden geschaffenen Rentenkommisionen (Opferfürsorgekommission) auch dann einberufen werden, wenn sie nicht dem Kreis des § 1 angehören.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht versäumen, Dank an den Minister, unserem Sozialminister Alfred Dallinger, für das Verständnis unserer Probleme auszusprechen. Minister Dallinger setzt die Tradition seiner Vorgänger fort, wir finden bei ihm immer ein offenes Ohr und eine offene Tür.

Wir danken aber auch sehr herzlich seinem Sektionschef Dr. Ernst für die Hilfe, die wir stets bei ihm und seinen Mitarbeitern finden, und wir hoffen auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Aus den Landesorganisationen Salzburg

Otto Seifried †. Die Sozialistische Partei Österreichs, der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, die Gewerkschaft der Eisenbahner und die ASKÖ Salzburg beklagen das Ableben des langjährigen Funktionärs Otto Seifried, der im Oktober im 84. Lebensjahr verstorben ist.

Otto Seifried trat 1916 der Eisenbahnergewerkschaft bei und bekleidete verantwortungsvolle Funktionen auch in der Partei. Wegen seiner Überzeugung war er im Jahre 1942 aus politischen Gründen in Haft. Nach 1945 setzte er sich mit ganzer Kraft für den Wiederaufbau der Zweiten Republik ein.

Auf Grund seiner Funktionen und seines restlosen Einsatzes erhielt Otto Seifried höchste Auszeichnungen. Er war Träger des „Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich“ des „Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs“, Inhaber höchster Landesauszeichnungen, Auszeichnungen der Stadt, des ÖGB, der ASKÖ Salzburg und Träger der „Victor-Adler-Plakette“.

Bei der Verabschiedung des großen und verdienstvollen Funktionärs im Krematorium des Kommunalfriedhofes Salzburg hielt der Landesobmann Bürgermeister a. D. Karl Reinthaler die Gedenkrede. Wir werden Otto Seifried niemals vergessen.

Aus dem Wiener Landesverband Brigittenau

Ernestine Soucek — 90 Jahre. „... Aus Sicherheitsgründen bestimmte M. die im 20. Bezirk wohnende Mitangeschuldigte Soucek, ihre Wohnung als Ablieferungsstelle für die Druckschriften zur Verfügung zu stellen... 800 Stück der Wehrmachtzersetzungsschrift „Der Soldatenrat“ sowie ein Paket mit anderen Schriften... Sämtliche Schriften versah er in der Wohnung und in Anwesenheit der Mitangeschuldigten Soucek mit den von der Mitangeschuldigten D. überbrachten...“ So steht es in der Anklageschrift des Oberreichsanwaltes beim Volksgerichtshof vom 23. September 1943.

Aber dies war nur eine der Taten, welche unsere Erna in der Zeit des Faschismus begangen hat. Auch Gefängnis-aufenthalt und Gestapoanhaltung konnten sie nicht dazu bewegen, ihren Idealen untreu zu werden.

Doch der 90. Geburtstag soll nicht nur der Erinnerung dienen, sondern vor allem der Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer in der Brigittenau die Möglichkeit geben, Dir, liebe Erna, ein herzliches Dankeschön zu sagen.

Aus diesem Anlaß sind wir am 8. Oktober 1982 zu einem gemütlichen Beisammensein zusammengekommen. Vom Bundesvorstand waren die Genossen Schlesinger und Ballek anwesend. Genossin Jochmann mußte sich leider entschuldigen.

Wir alle wissen, wie ungerne unsere liebe Genossin Soucek im Mittelpunkt steht. Von Tätigkeiten, die sie als geradezu selbstverständlich versteht, so meint sie, sollte man nicht soviel Aufhebens machen.

Wir wollen hier, in diesen Zeilen, nicht über Ernas Tätigkeit für die Sozialdemokratie schreiben, dazu würde der Platz nicht ausreichen, welcher uns zur Verfügung steht. Wir wollen nur einige Bemerkungen zur Zeit nach der Niederlage des Faschismus machen. Sofort war Erna wieder da und half in ihrer gütigen, menschlichen Art, wo immer sie konnte. Jede Arbeit packte sie an, doch niemals drängte sie ins Rampenlicht.

Wenn wir alle die Achtung, auch die der Gmünder Genossen und vieler anderer, welche Dir, liebe Erna, entgegengebracht wurde, zusammenzählen, weil wir in Dir ein Vorbild haben und noch lange haben wollen, rufen wir Dir ein NIEMALS VERGESSEN, FREUNDSCHAFT und DANKESCHÖN entgegen.



Donaustadt

Franz Buresch †. Unser Genosse Franz Buresch ist im August plötzlich und unerwartet von uns gegangen. Er war ein aufrechter Sozialist und fleißiger Funktionär. Sein Tod hat eine Lücke gerissen, die wir nur schwer schließen können. Die Bezirksgruppe Donaustadt der Freiheitskämpfer wird ihn niemals vergessen.

Fachgruppe Polizei

Die Wiener Polizei ehrte ihre Toten. In der Polizeidirektion Wien fand am 29. Oktober 1982 eine Gedenkfeier vor der Gedenktafel für die während des Hitler-Regimes hingerichteten Beamten der Wiener Polizei statt.

Eine Abordnung der Fachgruppe Polizei des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer unter Führung der Genossen Derschowitz und Eibicht legte vor der Gedenktafel einen Kranz nieder.



An der Gedenkfeier nahmen unter anderen Polizeipräsident Reidinger, der Generalinspektor der Wiener Sicherheitswache, Dr. Bögl, Polizeigeneral Hufnagl, hohe Beamte der Polizeidirektion, die Genossen Hofräte i. R. Rudolf Geiger und Robert Calta, die Genossin Grete Pechacek sowie Vertreter der Gewerkschaft, der Sicherheitswache, der Kriminalbeamten und Verwaltung teil.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
 3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. u. 3. Mi.
 17 bis 19 Uhr
 4, Wiedner Hauptstraße 60 b. Jeden 1. Di.
 17 bis 18 Uhr
 5, Kohlgasse 27 Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 19 Uhr
 6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
 7, Neubaugasse 25 Jeden Di. 16 bis 18 Uhr
 8, Albertgasse 23 Jeden 1. Do.
 17 bis 18 Uhr
 9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
 10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
 11, Simmeringer Hauptstraße 96 a. Jeden 2. u. 4. Di.
 18 bis 19 Uhr
 12, Ruckergasse 40 Mi. 15 bis 16 Uhr
 13, Wolkersbergenstr. Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr
 14, Linzer Straße 297 Jeden 2. Mi. 15 bis 16 Uhr
 15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
 16, Zagorskigasse 6 Do. 18 bis 19 Uhr
 17, Röttergasse 29 (Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
 18, Gentzgasse 62 (nach Vereinbarung)
 19, Billrothstraße 34 Di. 16 bis 18 Uhr
 Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 16 bis 18 Uhr
 20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
 21, Franz-Jonas-Platz 8 Jeden Di. 17 bis 18 Uhr
 22, Donaufelder Str. 259 Jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr
 23, Liesing, SPÖ-Bez.-Sekt., Klublokal
 (Parterre),
 Breitenfurter Str. 360, Stg. 1 .. Jeden 1. Mo. 9 bis 10 Uhr

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

DER HEISSE DRAHT

Information aus erster Hand
 Bitte rufen Sie uns an

Wien (0 22 2) **15 16**

Graz (0 31 6) **849**

Innsbruck (0 52 22) **19 56**

Klagenfurt (0 42 22) **195**

Linz (0 73 2) **155**

Salzburg (0 62 22) **194**

SPÖ-Tonbanddienst

Redaktionsschluß
 für die nächste Nummer: 15. Jänner 1983

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Druckhaus Vorwärts Ges. m. b. H., Wien 5, Rechte Wienzeile 97. Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Information der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach tel. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,
 Grillparzerstr. 14/III, Wien 1, Jeden 1. Di.
 Landespartei sekretariat 11 bis 12 Uhr
 Baden, Rathaus Traiskirchen, Jeden 1. Mo.
 F. Jirovetz, Sozialreferent 8 bis 9 Uhr
 Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
 Wr. Neustadt, Wiener Straße 42 Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
 St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
 Schwechat, Rathausplatz 7, Jeden 1. Dienstag
 Körnerhalle, Rauchsalon 9 bis 11 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Permayerstraße 2,
 Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
 ÖGB-Haus, Tägl. außer Sa.
 I. Stock, Pensionistenverband 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Jeden Mo. und Mi.
 Zimmer 3 9 bis 11 Uhr
 Steyr, Leopold-Werndl-Straße 10 ... Jeden 1. Di.
 15 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Paris-Lodron-Straße Jeden Di. und Fr.
 Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 8 bis 12 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
 Zimmer 17 18 bis 19 Uhr
 Bruck an der Mur,
 Schillerstraße 22
 Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
 Wiener Straße, Zimmer 14 18 bis 19 Uhr
 Mürzschlag, Bezirks-
 sekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28 ... Jeden 1. Freitag
 14 bis 16 Uhr